

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 1. Sitzung

Dienstag, 28. Januar 2025, 19:30 Uhr
Kunsthhaus Interlaken

Vorsitz Boss Pia, FDP
Stimmen- Balmer Marlis, EVP
zählende Aulbach Adrian, Grüne

	<i>weiter anwesend</i>	<i>abwesend</i>
SP/Grüne/ JLB	Liechti Anja, Thali Irene, Simmler Florian, Scheidegger Patrick, Hänggi Sandra, Michel Ramona, Weinekötter Emily, Züllig Lara May, Moser Manuel	
SVP	Schenk Daniel, von Allmen Marcel, Nyffeler Christian, Wanner Stefan, Roth Andreas, Dummermuth Urs, Baumann Mathias	
FDP	Hong Cham Gil, Feller Corinne, Marjanovic Emel, Michel Paul, Rüegger Roger	
GLP	Nyffeler Manuela, Zürcher Ueli, Foiera Franziska	
EVP	Bieri Lukas, Schütz Lorenz	
EDU		Reichen Josia
<i>ohne Stimmrecht</i>		
JUPA	Beqiri Yll	
Gemeinde- rat	Ritschard Philippe, Ritschard Andreas, Amacher Sabrina, Fuchs Nils, Häsler Erich, Uberti Zina	Günter Nathalie
Protokoll	Iseli Barbara	

Traktanden

1. Wahl des Ratspräsidiums für das Jahr 2025
2. Wahl des übrigen Ratsbüros für das Jahr 2025
3. Änderung Gemeindepolizeireglement
4. Erneuerung Fachtrakt Hauswirtschaft, Verpflichtungskredit
5. Motion Amacher/Zürcher, Reisebusmanagementsystem für mehr Lebensqualität und Sicherheit in Interlaken, Beantwortung
6. Orientierungen/Verschiedenes

Alterspräsident Andreas Roth begrüsst die alten und neuen Mitglieder des Gemeinderates, die Kolleginnen und Kollegen im Grossen Gemeinderat, namentlich die neuen Ratsmitglieder Ramona Michel, Emily Weinekötter, Lara May Züllig, Manuel Moser, Urs Dummermuth, Mathias Baumann, Cham Gil Hong, Corinne Feller, Lukas Bieri und Lorenz Schütz, den neuen Vertreter des Jugendparlaments, Yll Beqiri, sowie die Medienvertretungen und die Zuhörerinnen und Zuhörer zur ersten Sitzung der Legislatur.

Andreas Roth erklärt, da er schlecht sehe, habe er sich nie als GGR-Präsident zur Verfügung gestellt. Er hätte das Gefühl, bei Abstimmungen nicht die nötige Übersicht zu haben. Vom Ratsbüro und vom Sekretariat wäre er sicher gut unterstützt worden, aber es sei einfacher anderen zu helfen als sich selber helfen zu lassen. Trotz dieser Einschränkung habe er eine Lehre auf einem Notariatsbüro und ein Studium abgeschlossen und habe heute sein eigenes Notariatsbüro in Lauterbrunnen, was ihm viel Freude mache. Da KI in aller Munde sei, habe er sich gedacht, mal schauen, was ChatGPT für eine Rede vorbereiten würde. Kurz zusammengefasst: Es sei eine Ehre und Verpflichtung, eine solche Rede halten zu dürfen.

Hinweis auf Verantwortung als Ratsmitglied, Rechenschaft gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, die gute Zusammenarbeit sei wichtig, Möglichkeit aus den differierenden Standpunkten einen tragfähigen Kompromiss zu finden, gute Wünsche für die kommende Legislatur. Er verzichte auf das weitere Eingehen auf diesen Text und erzähle lieber einige eigene Gedanken.

Eine Frage beschäftige ihn gegenwärtig ganz besonders: Das Verhältnis der Schweiz zur EU. Die Wirtschaftszahlen sprächen eine klare Sprache. Die Schweiz stehe praktisch überall besser da als die EU. Tiefere Steuern, tiefere Inflation, tiefere Arbeitslosigkeit, weniger Bürokratie, tiefere Verschuldung. Die Schweiz wolle mit der EU Handel treiben und gut nachbarliche Beziehungen pflegen. Unser politisches System der direkten Demokratie sei unvereinbar mit der von oben herab regierten EU. In der EU würden selbst die parlamentarischen Demokratien der einzelnen Mitgliedsländer durch eigenmächtige Entscheidungen der EU-Kommission ausgehebelt. Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen wäre die Schweiz eine willkommene Milchkuh. Der versprochene Abbau von Handelshemmnissen würde durch die überbordende Bürokratie und die in hohem Tempo neu geschaffenen Richtlinien, Dekrete und Verordnungen mehr als zunichte gemacht. Mit der Rechtsetzung aus Brüssel und den fremden Richtern würde unsere politische Kultur zerstört. Er begreife nicht, wie der Bundesrat die Schweiz dazu verführen wolle, ein sinkendes Schiff zu besteigen.

Als Bürger und Politiker würden wir die Zukunft unseres Landes, unseres Gemeinwesens, mitgestalten und selbst in die Hand nehmen wollen und unsere direkte Demokratie nicht zu einer folkloristischen Politik ohne jede Mitsprachemöglichkeit verkommen lassen wollen. Sollten die unseligen Verträge von Volk und Ständen angenommen werden, kämen sicher sofort neue Wünsche der EU auf uns zu. Unsere vergleichsweise niedrige Mehrwertsteuer müsste wohl bald an den EU Mindeststeuersatz von 15 % angepasst und damit fast verdoppelt werden. Dies um nur ein paar mögliche weitere Schikane zu benennen. Er rufe daher dezidiert dazu auf die Verträge abzulehnen.

Im Gymnasium seien ihnen die Thesen des Club of Rome nähergebracht worden, wonach die natürlichen Ressourcen wie Erdöl etc. beschränkt und die Grenzen des Wachstums erreicht seien. Das sei in den siebziger Jahren gewesen. In den achtziger Jahren sei vom Waldsterben gepredigt worden. Das Erdöl sei noch nicht ausgegangen und der Wald stehe noch. Die Vergangenheit habe ihn gelehrt, dass die angeblichen grossen aktuellen Probleme nicht so schlimm seien, wie sie dargestellt würden. Die Suppe werde meistens nicht so heiss gegessen, wie sie gekocht werde. Anstatt utopischen Klimazielen nachzueifern, die die Wirtschaft ruinierten, sollten wir uns besser an die neuen Gegebenheiten anpassen. Die Schweiz als starker Forschungsstandort könne dabei helfen, aktuelle Probleme technologieoffen zu bewältigen. Er komme nun in dieser ernstesten Sache der Rede des Alterspräsidenten zu einem weniger ernstesten Schluss. Er schaue trotz allen Problemen optimistisch in die Zukunft, auch wenn der Optimist sich genauso oft irre wie der Pessimist. Aber er habe viel mehr Spass dabei.

Er wünsche dem GGR eine gute Zusammenarbeit und hoffe, dass sie alle zusammen für Interlaken nur das Beste erreichen würden.

Alterspräsident Andreas Roth bezeichnet Florian Simmler und Manuela Nyffeler als Stimmzählende für die beiden ersten Traktanden.

Es gibt keine Änderungswünsche zur Traktandenliste.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist durch das Ratsbüro 2024 genehmigt worden.

1 **B3.01.2** Geschäftsführung, Geschäftsordnung, Konstituierung Grosser Gemeinderat

Wahl des Ratspräsidiums für das Jahr 2025

Paul Michel schlägt namens der FDP turnusgemäss Pia Boss als Ratspräsidentin für das Jahr 2025 vor.

Ausgeteilte Wahlzettel:	29
Eingelangte Wahlzettel:	29
Gültige Wahlzettel:	28
Absolutes Mehr:	15
Gewählt ist mit 28 Stimmen:	Boss Pia

Die gewählte *Ratspräsidentin Pia Boss* übernimmt die Sitzungsleitung von Andreas Roth und hält während der Auszählung der Wahl der Stimmzählenden ihre Antrittsrede.

Ratspräsidentin Pia Boss erklärt, sie freue sich, dass der GGR heute zum Start in die neue Legislatur als eine vielfältige Gemeinschaft hier zusammensitze. Einige seien schon alte Hasen – gelassen, erfahren und vielleicht sogar weise. Andere seien frisch dabei, aufgeregt und vielleicht ein bisschen überrascht, dass sie gewählt wurden. Aber eines verbinde alle: sie hätten sich entschieden hier zu sein, um unsere Demokratie lebendig zu halten und sich für Interlaken einzusetzen.

Es sei ein Privileg, in der Schweiz zu leben, wo unsere Demokratie einzigartig sei. Schauen man Städte wie Hongkong oder Länder wie Venezuela an – dort würden die Menschen tagtäglich für ihre Rechte und Freiheiten kämpfen. Oft sei die Situation von Repression und Gewalt geprägt, und die Bürgerinnen und Bürger stünden vor enormen Herausforderungen. Auch in Syrien, wo die Menschen nach Jahren des Konflikts versuchten, eine funktionierende Demokratie aufzubauen, sei die Lage schwierig. Es sollten sich alle wünschen, dass es ihnen gelinge.

Zurück zur Gemeindepolitik. Unser schweizerisches Milizsystem habe vielleicht auch seine Grenzen, denn die Geschäfte würden immer komplexer und der Handlungsspielraum erscheine manchmal kleiner. Interlaken sei eine der kleinsten Gemeinden mit einem Parlament, und sie halte das für besser als eine Gemeindeversammlung, wo oft nur ein kleiner Teil der Bevölkerung emotionale Entscheidungen treffe, statt fundierte Meinungen zu vertreten.

Sie hoffe, dass der GGR im kommenden Jahr gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen finde, die in Interlaken bevorstünden. Sie denke an die kurzzeitige Vermietung von Wohnungen über Buchungsplattformen – werde man eine praktikable Lösung finden? Viele Städte arbeiteten daran, aber keine habe bislang die richtige Antwort gefunden. Auch unsere Gemeindefinanzen, die Sanierung der Infrastruktur wie die Aula oder das Bödelibad und der Verkehr rund um den Westbahnhof seien Themen, die alle betreffen und das Engagement aller erforderten.

Sie selbst sei 2016 als 400. Mitglied im GGR gestartet. Die erste Sitzung sei ausgefallen, weil es keine Traktanden gab. Voller Tatendrang musste sie aber schnell feststellen, dass das übergeordnete Recht oft Grenzen setze und gute Ideen nicht umgesetzt werden könnten. Der Mut, die Hartnäckigkeit und die Weitsicht früherer Generationen, die die Höhematte mit einem Bauverbot belegten oder die Bahnen auf hohe Berge bauten, scheine manchmal verloren gegangen zu sein. Eigeninteressen und alte Zöpfe blockierten den Fortschritt. Lasst uns wieder mutiger werden!

Heute hätten Influencer einen grossen Einfluss auf einige Tourismusorte. Sei bekannt, dass Goethe der erste Influencer auf dem Bödeli war? Im Oktober 1779 wanderte er in sechs Tagen durch das Berner Oberland. Später kam Lord Byron dazu, und immer mehr englische Touristen entdeckten die Region. Seit dieser Zeit könne man sagen, dass der Tourismus in und um Interlaken der wichtigste Wirtschaftsfaktor sei, auch wenn manche Einwohnende das Gefühl hätten, dass es langsam zu viel werde. Sie möchte diesen kleinen Ausflug in die Geschichte mit einem Zitat von Kurt Tucholsky beenden: „Tourismus ist die schönste Art der Völkerverständigung.“

Für das kommende Jahr wünsche sie sich ein konstruktives, faires und sachliches Miteinander sowie Handeln im Sinne der Sache und nicht nach dem Parteibuch. Sie rufe die gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter auf, mit offenen Ohren durchs Dorf zu gehen und die Anliegen der Bevölkerung auf- und wahrzunehmen. Zum Abschluss möchte sie alle motivieren, mit Mut und Offenheit aufeinander zuzugehen: Lasst uns gemeinsam die Herausforderungen meistern und unsere Gemeinde in eine positive Zukunft führen.

Sie schliesse mit einem Zitat von Winston Churchill: „Erfolg ist nicht endgültig, Misserfolg ist nicht fatal: Es ist der Mut, weiterzumachen, der zählt.“

2 **B3.01.2** Geschäftsführung, Geschäftsordnung, Konstituierung Grosser Gemeinderat

Wahl des übrigen Ratsbüros für das Jahr 2025

Ausgeteilte und eingelangte Wahlzettel für alle Wahlen: 29.

Wahl des 1. Vizepräsidentiums

Marcel von Allmen schlägt namens der SVP den bisherigen 2. Vizepräsidenten Daniel Schenk vor.

Gültige Wahlzettel: 29
Absolutes Mehr: 15
Gewählt ist mit 29 Stimmen: Schenk Daniel

Daniel Schenk dankt für das Vertrauen und nimmt die Wahl sehr gerne an.

Wahl des 2. Vizepräsidentiums

Daniel Schenk schlägt namens der Fraktion SVP/EDU Josia Reichen, EDU, vor. Es sei wieder eine kleinere Partei an der Reihe.

Gültige Wahlzettel: 20
Absolutes Mehr: 11
Gewählt ist mit 20 Stimmen: Reichen Josia

Wahl der Stimmzählenden

Lorenz Schütz schlägt namens der Fraktion EVP/GLP Marlis Balmer, EVP, vor.

Irene Thali schlägt namens der Fraktion SP/Grüne/Junges Linkes Bündnis (JLB) Adrian Aulbach, Grüne, vor.

Gültige Stimmen: 53
Absolutes Mehr: 14
Gewählt sind mit 28 Stimmen: Balmer Marlis
und mit 25 Stimmen: Aulbach Adrian

Zusammensetzung des Büros für das Jahr 2025

Präsidentin: Boss Pia, FDP
1. Vizepräsident: Schenk Daniel, SVP
2. Vizepräsident: Reichen Josia, EDU
Stimmzählerin: Balmer Marlis, EVP
Stimmzähler: Aulbach Adrian, Grüne

Ratspräsidentin Pia Boss dankt den Stimmzählenden Manuela Nyffeler und Florian Simmler für ihren Einsatz.

Die gewählten Stimmzählenden Adrian Aulbach und Marlis Balmer übernehmen ihr Amt.

3 P3.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Polizei, Sicherheit, Justiz)

Änderung Gemeindepolizeireglement

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderat Nils Fuchs erläutert kurz das schriftlich vorliegende Geschäft. Um Detailfragen zu beantworten sei auch Polizeiinspektor Jürg Blum anwesend.

Im vergangenen Jahr hätten Stefan Wanner und Marcel von Allmen eine Motion zum Wildcampieren eingereicht. In den Sommermonaten sei vermehrt Wildcamping festgestellt worden, was in der Regel nicht emissionslos vonstattengehe, es gebe Abfall, illegale Abwasserentsorgung, etc. Von der Bevölkerung sei eine übermässige Nutzung der Parkplätze festgestellt worden.

Derzeit sehe das Gemeindepolizeireglement vor, dass Campieren auf öffentlichem Grund ohne Bewilligung verboten sei. Explizit erlaubt seien in Interlaken aber Übernachtungen auf öffentlichen Parkplätzen. Ein Camping-Verhalten wie Markise ausfahren und Campingstuhl aufstellen sei verboten, aber die Durchsetzung dieser feinen Unterscheidung sei sehr schwierig. Es müsste praktisch jemand den ganzen Tag danebenstehen. Ein Blick in die Nachbargemeinden zeige, dass Interlaken eine Insel sei, alle anderen Gemeinden hätten Wildcampieren in irgendeiner Form verboten. Bis nach Brienz dürfe man nirgends mehr einfach Hinstellen. Die Belastung der Bevölkerung sei zu hoch.

Die vorgeschlagene Änderung sehe vor, in Artikel 9 Absatz 5 des Gemeindepolizeireglements anzufügen, dass das Übernachten in Fahrzeugen aller Art nur dort erlaubt sei, wo es von den Behörden bezeichnet sei. Das führe dazu, dass auf gewöhnlichen Parkplätzen nicht übernachtet werden dürfe, gebe aber gleichzeitig den Handlungsspielraum, Stellplätze zu schaffen und zu bezeichnen, wo der Gemeinderat der Meinung sei, dass es erträglich sei. Es erlaube also, ein geordnetes Stellplatzangebot zu schaffen und gleichzeitig das Wildcampieren im Rest der Gemeinde grundsätzlich zu verbieten. Artikel 12 Absatz 4 müsse entsprechend angepasst bzw. die Erlaubnis zum Übernachten gestrichen werden, damit es keine Widersprüche gebe.

Der Gemeinderat stelle sich vor, die Problematik so in den Griff zu bekommen. Ganz ohne Stellplätze werde es nicht gehen. Der Gemeinderat beabsichtige, ein geordnetes Stellplatz- bzw. Entlastungsangebot zu schaffen. Die Camper würden sich nicht einfach in Luft auflösen. Das Ziel sei, mit den umliegenden Gemeinden ein Stellplatzangebot zu schaffen. Der Blick auf die Karte habe gezeigt, dass es nur noch in Interlaken erlaubt sei und man so etwas wie ein Magnet sei. Die Vorlage sei ein erster Schritt, die Grundlage, die es erlaube, wirksam gegen das Wildcampieren vorzugehen.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Ueli Zürcher erläutert, dass die Fraktion EVP/GLP dem Antrag zustimme. Ohne Zweifel, aber mit einigen Fragen. Er erkundigt sich, wie es um die «Wiederherstellung der Fahrtüchtigkeit» stehe.

Gemeinderat Nils Fuchs verweist auf die Verhältnismässigkeit bei der Durchsetzung. Es sei ein Unterschied, ob man nach dem Ausgang auf der Rückbank seines Autos liege oder mit dem Camper um 18 Uhr vorfahre. Der Polizeiinspektor ergänzt, dass die sog. Wiederherstellung der Fahrtüchtigkeit im Einzelfall geprüft werde. Das sei zudem ein Thema der Kantonspolizei, mehrheitlich gehe es dabei um Trunkenheit.

Ueli Zürcher fragt weiter, ob es legitim sei, wenn jemand den Camper auf einem Parkplatz abstelle und dann draussen im Englischen Garten übernachte – es heisse explizit, einzelne Übernachtungen in öffentlichen Parks und Anlagen seien erlaubt.

Gemeinderat Nils Fuchs antwortet, dass der Artikel (Art. 12 Abs. 4) bewusst nicht ganz gestrichen worden sei mit Blick etwa auf Obdachlose oder gestrandete Touristen. Einzelne Übernachtungen ohne Zelt etc. wollte man nicht verbieten, da man damit kein Problem habe. Sollte es ein Problem werden, weil sich Leute in Scharen in den Englischen Garten legten, werde er nochmals eine Reglementsänderung vorlegen.

Als drittes erkundigt sich *Ueli Zürcher* nach der Zusammenarbeit der Gemeinden betreffend Stellplätze. Es brauche dringend Alternativen für die mittlerweile grosse Camper-Gemeinde, am besten bereits ab Juni. Wie weit sei die Gemeinde mit einem Stellplatzangebot?

Gemeinderat Nils Fuchs bestätigt die hohe Priorität. Man führe erste Gespräche mit den umliegenden Gemeinden. Bis Juni könne er leider nichts versprechen. Man müsse auch mit den privaten Anbietern schauen. Die Reglementsänderung bzw. das Verbot in Interlaken könnte dazu führen, dass bisherige Angebote wieder eröffnet würden, da die Konkurrenz der Gratisübernachtungsmöglichkeit in Interlaken nicht mehr bestehe.

Irene Thali erzählt, die Fraktion SP/Grüne/JLB habe auch intensiv diskutiert. Die Wiederherstellung der Fahrtüchtigkeit sei beantwortet. Sie stellt noch die Frage nach der Kontrolle bzw. Durchsetzbarkeit, was sei hier geplant.

Gemeinderat Nils Fuchs stimmt zu, dass jede Regelung nur so gut sei, wie sie durchgesetzt werde. Es sei vorgesehen, dass insbesondere in der Hochsaison vermehrt kontrolliert werde.

Irene Thali fügt an, sie würden dem Anliegen grossmehrheitlich zustimmen. Sie fänden v.a. die Vereinheitlichung gut. Wie gesagt brauche es ein alternatives Angebot.

Paul Michel erklärt, auch die Fraktion FDP stimme dem Antrag zu. Es gehe klar in die richtige Richtung.

Stefan Wanner ergänzt, auch die SVP werde der Änderung des Gemeindepolizeireglements zustimmen. Die Fragen seien beantwortet worden.

Beschluss:

Die Änderungen der Artikel 9 und 12 des Gemeindepolizeireglements werden mit Inkrafttreten auf den 1. April 2025 genehmigt.

(einstimmig)

4 L3.05.3 Schulhaus Alpenstrasse Nord

Erneuerung Fachtrakt Hauswirtschaft, Verpflichtungskredit

Die Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission erläutert, dass die GPK vorgeschlagen habe, dem GGR den Kostenvoranschlag zur Verfügung zu stellen. In der Folge sei eine Zusammenfassung verschickt worden. Auf Nachfrage habe Gemeinderätin Sabrina Amacher erklärt, sie werde in der Präsentation detaillierter auf einzelne Punkte eingehen.

Gemeinderätin Sabrina Amacher informiert, dass sie das Geschäft stellvertretend für die zuständige Ressortvorsteherin Nathalie Günter präsentiere. Zur Unterstützung seien Michael Glarner, stellvertretender Bauverwalter und Verantwortlicher für die Gemeindeliegenschaften, Cornelia Stettler, Schulleiterin der Sekundarstufe I, und Corinne Guntern, Bereichsleiterin Bildung, anwesend.

Die Schulküche sei 25 Jahre alt und werde wöchentlich von etwa 140 Schülerinnen und Schülern genutzt sowie der Volkshochschule für Kurse, dem Ferienpass und dem Gymnasium, wenn ihre eigene Küche besetzt sei. Aufgrund der intensiven Nutzung gebe es diverse Mängel wie defekte Schubladen, Schränke und Elektrogeräte. Die Lebensdauer einer solchen Küche sei 20 Jahre, dann sei sie abgeschrieben. Reparaturen seien kostenaufwändig.

Die Wand zwischen Küche und Theorieraum solle durch ein Fenster ersetzt werden. Im Hauswirtschaftsraum solle es neu eine Pausenküche geben. Schülerinnen und Schüler würden dort Znüni vorbereiten, den sie verkaufen und dadurch einen Zustupf für die Klassenkasse erhalten könnten. Sie machten das selbst, da es sich für die Bäckerei nicht mehr lohne.

Auf Wunsch von Gemeinderätin Sabrina Amacher erklärt Cornelia Stettler, weshalb ein Fenster zwischen Theorieraum und Küche nötig sei: im WAH-Unterricht gebe es drei Räume und eine Lehrperson. Es sei ein Bedarf und sinnvoll für die Lehrperson, den Überblick über alle Räume zu haben.

Gemeinderätin Sabrina Amacher führt weiter aus, dass die Küchenzeile an der Fensterfront entfernt werden soll, da es nicht sinnvoll sei, die Heizung zu verdecken. Zu den Kosten erläutert sie, dass praktisch überall neue Leitungen eingezogen würden, die Beleuchtung werde erneuert – die alten Röhren könnten sowieso nicht mehr ersetzt werden, es werde W-Lan installiert und dank der besseren Lüftung sollte es künftig nicht schon beim Schulseingang nach Essen riechen. Funktionstüchtige Geräte würden übernommen. Geplant seien weiter Akustikdecken und rutschfeste Bodenplatten – als Eigentümer habe man eine gewisse Verantwortung, für Sicherheit zu sorgen. Das Honorar des Architekten läge innerhalb der üblichen Bandbreite von 10-15%.

Zum Schluss zeigt Gemeinderätin Amacher die Entwicklung des Baupreisindex in der Schweiz seit 2010 (Quelle: BFS). Seit 2021 seien die Baupreise stark gestiegen. Die Bausumme, die 2018 im IP eingestellt worden sei, sei zudem nur für die Küche gewesen, ohne Kostenvoranschlag. Deshalb sei es nun so viel teurer.

Der Gemeinderat habe zwei Planungskredite von insgesamt CHF 50'000 gesprochen, wovon bisher CHF 30'000 verwendet worden seien. Diese würden vom Gesamtprojekt abgezogen, und der Gemeinderat beantrage vom GGR einen Verpflichtungskredit von CHF 620'000. Die Investition werde als tragbar eingestuft. Wenn der GGR zustimme, erfolge die Detailplanung und Submissionen, und die Umsetzung sei in den Sommerferien geplant.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Lorenz Schütz dankt für die Möglichkeit zur vorgängigen Besichtigung. Die EVP/GLP habe zuerst den Eindruck gehabt, das sei unglaublich viel Geld für so wenig Raum, und eine Rückweisung überlegt. In den Unterlagen sei dargelegt, dass geprüft worden sei, wo es Sparpotenzial gäbe. Es gebe nur den Vorschlag einer Etappierung, was keinen Sinn mache, da die Kosten dann höher wären. Man habe nun mit dem Kostenvoranschlag und der Besichtigung neue Informationen – er beantrage deshalb einen Sitzungsunterbruch, um sich nochmals besprechen zu können.

Ratspräsidentin Pia Boss verschiebt den Sitzungsunterbruch nach kurzer Diskussion, damit zuvor alle Argumente vorgebracht werden können.

Florian Simmler erklärt, viele ihrer Fraktion hätten den Fachtrakt besichtigt. Man habe die Sanierung schon fünf Jahre verschoben. Man habe damit sparen können, aber es sei nicht günstiger geworden. Die abgespeckte Variante mache aus ihrer Sicht keinen Sinn, es werde nicht günstiger. Sie würden auch ein tieferes Kostendach nicht unterstützen. Zu seiner Schulzeit vor 16 Jahren habe die halbe Klasse in Maten gekocht, mittlerweile sei die ganze Klasse hier mit weiterhin nur einer Lehrperson. Aus eigener Erfahrung mache der Durchbruch zum Theorieraum Sinn. Die Fraktion SP/Grüne/JLB werde den Antrag unterstützen.

Corinne Feller erläutert, dass sie das Traktandum in der FDP-Fraktion ausführlich diskutiert hätten, v.a. ob wirklich alles nötig sei. Sie arbeite im Gastgewerbe und hinterfrage die Kosten etwas. Man könnte z.B. statt einen rutschfesten Boden einzubauen auch rutschfeste Schuhe tragen. Ihnen sei bewusst, dass nach 25 Jahren etwas gemacht werden müsse. Tendenziell sei es aber eher ein hoher Betrag.

Marcel von Allmen führt aus, auch die SVP habe das intensiv diskutiert. Es sei sehr teuer. Ursprünglich seien 300'000 Franken eingestellt worden. Jetzt sei es mehr als das Doppelte. So viel mache auch die Teuerung nicht aus. Sie seien sich bewusst, dass es nicht mehr das Gleiche sei, es gehe um die Sanierung des ganzen Fachtrakts Hauswirtschaft, nicht mehr nur der Küche. Sie hätten sich gefragt, ob alles wirklich nötig sei, was zwingend nötig sei, und er dankt für die Besichtigungsmöglichkeit. Es sei normal, dass nach 25 Jahren das eine oder andere nicht mehr ganz sei. Es sei klar, dass man etwas machen müsse. Ob aber etwa der Durchbruch zwingend nötig sei – die Kinder dürften auch mal Unsinn machen. Sie seien der Meinung, dass es mit weniger Geld gehen müsse. Wo das Geld eingespart werden solle, das könnten und wollten sie nicht beurteilen. Er stelle deshalb den Antrag auf einen Kostendeckel von 500'000 Franken anstelle der 620'000 Franken.

Gemeinderätin Sabrina Amacher erklärt, mit einem Kostendach von 500'000 könnte man z.B. das Theoriezimmer weglassen. Sie gibt zu bedenken, dass Strom eingezogen, gestrichen oder der Boden erneuert werden müsse. Wenn das Theoriezimmer später im laufenden Unterhalt gemacht würde, zahle man im Jahr der Ausführung. Wenn man es im Finanzplan einstelle und dann über 20 Jahre abschreibe, dann zahlten auch die Eltern, deren Kind heute zur Welt komme, noch etwas an den Schultrakt.

Lorenz Schütz erzählt, er sei als Lehrperson nach seiner Meinung gefragt worden. Er sei jedoch kein Baufachmann. Seiner Meinung nach gebe es in der Schule durchaus Sparpotenzial – bei diesem Objekt weniger, aber z.B. wenn sie alle 4-5 Jahre eine halbe Million sprechen müssten für neue IT-Geräte oder bei der Anschaffung neuer Lehrmittel mit teilweise astronomischen Lizenzgebühren. Dort solle man sehr gut hinschauen und auch mal sagen es reicht. Dort spreche man über einen Zeitrahmen von 4-5 Jahren. Hier hingegen von 20-25 Jahren.

Ratspräsidentin Pia Boss unterbricht die Sitzung für 10 Minuten.

Anschliessend wird über die beiden Anträge abgestimmt, die einander gegenübergestellt werden:

Dem Antrag des Gemeinderats für einen Verpflichtungskredit von CHF 620'000.00 stimmen zu: 16
Dem Antrag von Allmen, SVP, für einen Verpflichtungskredit von CHF 500'000.00 stimmen zu: 13

Zum obsiegenden Antrag des Gemeinderats erfolgt die Schlussabstimmung:

Beschluss:

Für die Erneuerung des Fachtrakts Hauswirtschaft im Schulhaus Alpenstrasse Nord wird ein Verpflichtungskredit von CHF 620'000.00 bewilligt.

(16:13 Stimmen)

5 B3.01.3.1 Motionen

Motion Amacher/Zürcher, Reisebusmanagementsystem für mehr Lebensqualität und Sicherheit in Interlaken, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine Bemerkungen.

Gemeinderat Nils Fuchs erklärt, der Gemeinderat habe Sympathien für das Ansinnen und in gewissen Belangen bereits Schritte eingeleitet. Er verweist auf die schriftlichen Unterlagen. Die Motion fordere ein Leitsystem für Reisebusse, die Aufhebung der Carparkplätze Hapimag und Aarepark, keine Bewilligung von neuen Carparkplätzen, die Einrichtung von Ein- und Aussteigplätzen und die Förderung von dezentralen Carparkplätzen. Er präsentiert das aktuelle Buskonzept der Gemeinde, das sich gut bewähre. Es gebe sieben verschiedene Parkplätze mit unterschiedlichen Parkdauern (Waldegg für 48 Stunden, Hapimag 4 Stunden mit Nachtparkverbot, beim Aarepark dafür etwas länger), klare Ein- und Ausfallrouten und gewisse gesperrte Strassen. Beim West- und Ostbahnhof gebe es Kurzzeitparkplätze zum Ein- und Aussteigen. Diese würden rege genutzt. Auch der zentrale Parkplatz Hapimag werde sehr gut genutzt. Dieser sei z.B. für Bustouren mit einem kurzen Aufenthalt in Interlaken sehr gut geeignet.

Der Gemeinderat beurteile die verschiedenen Punkte der Motion wie folgt:

- Ein Leitsystem – das regional sein müsse – werde begrüsst. Ein solches sei bereits bei der Regionalkonferenz hängig. Bei einer Umfrage der Regionalkonferenz hätten sich leider nicht alle Gemeinden so positiv geäussert wie Interlaken, seither sei es hängig. Es sei sicher an der Zeit nachzuhaken. Das Problem bei solchen Projekten sei, dass man auf die Mitwirkung der anderen Gemeinden angewiesen sei.
- Die Aufhebung der Carparkplätze Hapimag und Aarepark sei nicht ohne Alternativen möglich. Die Parkplätze seien bekannt bei den Chauffeuren, via Apps und GPS. Der Suchverkehr entstehe erst, wenn es zu wenig Parkplätze gebe bzw. diese voll seien. Eine Aufhebung dieser Parkplätze ohne Alternativangebot führe nicht zu weniger Bussen, sondern zu mehr Suchverkehr. Beim Hapimag sei ein guter Ein- und Aussteigeplatz, und wenn die Busse dort parken könnten, falle die Fahrt aus dem Dorf hinaus und wieder zurück weg, man spare also zwei Fahrten. Eine Aufhebung der Parkplätze führe auch nicht zu weniger Verkehr im Dorf – es sei den Bussen erlaubt, ins Zentrum zu fahren.
- Keine Bewilligung von neuen privaten Carparkplätzen sei rechtlich kaum umsetzbar.
- Man verfüge bereits über zwei Ein- und Aussteigplätze, die recht gut funktionierten. Es werde laufend überprüft, ob und wie man weitere Plätze finden könnte. Es habe Ideen gegeben, sei jedoch in der Regel mit sehr hohen Kosten verbunden und gehe häufig zu Lasten bestehender PW-Parkplätze. Und Grünflächen zu PW-Parkplätzen umzubauen sei schwierig und wohl auch nicht gewollt.
- Die Förderung von dezentralen Carparkplätzen funktioniere gut zusammen mit einem regionalen Parkleitsystem. Damit würde sich auch das Kapazitätsproblem etwas lösen. Aber ohne eine Alternative, ohne ein bestehendes System, komme man im Moment mit einer Aufhebung der Parkplätze nicht weiter. All das führe zum Antrag des Gemeinderats, die Motion – für den Moment und im vorliegenden Wortlaut – nicht erheblich zu erklären.

Erstunterzeichnerin Sabrina Amacher ist aus dem GGR ausgetreten. *Zweitunterzeichner Ueli Zürcher* dankt für den Bericht des Gemeinderats und die Ausführungen. Er höre viel Wohlwollen und wisse gar nicht, wieso die Motion nicht erheblich erklärt werden solle. Die Begründung könne er nachvollziehen. Der Gemeinderat sei dran. Er erwarte aber mehr Weitsicht. Er sehe die Motion eher als Strategiepapier, jeder Punkt sollte ein Ziel sein. Er erinnert daran, dass 18 GGR-Mitglieder die Motion mitunterzeichnet haben. Das zeige eine grosse Unterstützung für deren Anliegen. Es sei klar, dass die Parkplätze beim

Hapimag nicht sofort geschlossen werden könnten, dass es dezentrale Optionen brauche und ein Parkleitsystem regional funktionieren müsse. Die Motion solle ein Leitfaden sein, eine Motivation für die neuen Gemeinderatsmitglieder, das anzugehen. Die Kosten seien ein Argument, aber man habe in der Region schon viel gemacht, was viel teurer sei. Der Gemeinderat Interlaken müsste das mit den Gemeinden, mit den Jungfraubahnen, den Schilthornbahnen und mit der TOI anschieben können. Aus all diesen Gründen möchte er beliebt machen, die Motion erheblich zu erklären.

Adrian Aulbach ergänzt zur vorangegangenen GGR-Einführung, wer eine Motion einreiche, sollte sich Mühe geben, Vorabklärungen treffen und gute Arbeit leisten. Entsprechend finde er es von den anderen Fraktionen geschuldet, Stellung zu nehmen. Es seien auch schon Motionen unerheblich erklärt worden ohne Diskussion, sodass die Motionäre, die viel daran gearbeitet hätten, gar nicht wussten, was sie das nächste Mal anders machen könnten. Er bitte deshalb zu Beginn der Legislatur darum, wenn etwas abgelehnt werde auch zu sagen warum. Das mache er jetzt.

Grundsätzlich hätten sie Sympathie für die Motion. Auch Mitglieder ihrer Fraktion hätten mitunterzeichnet. Die SP/Grüne/JLB sehe aber mittlerweile das Verkehrsproblem (im Zentrum) eher bei den Mietautos als bei den Bussen. Zudem hätten sie den Eindruck, dass ein physisches Leitsystem, mit physischen Anzeigen, nicht mehr zeitgemäss sei. Digitale Lösungen wären sicher möglich, es sei jedoch die Frage, ob sie auch genutzt würden. Cars auf Europatour würden nicht extra die App von Interlaken installieren für das Leitsystem. Es müsste die gleiche App sein, die sie auf der ganzen Tour brauchen könnten, oder sie müssten einen guten Anreiz haben, die App zu nutzen. Vielleicht müsste man mit den Preisen einen Anreiz schaffen, damit nicht im Zentrum parkiert werde, sondern ausserhalb. Er fragt, wie viel in Interlaken eine Parkbusse für einen Car koste? Wenn man die Parkplätze aufhebe sei es dann vielleicht eine Überlegung wert, den Car irgendwo hinzustellen.

Polizeiinspektor Jürg Blum antwortet, es hänge von der Zeit ab, die zu lange parkiert werde – angefangen bei 40 Franken bis zu 120 Franken.

Adrian Aulbach fügt an, die SP/Grüne/JLB werde die Motion mehrheitlich nicht erheblich erklären.

Paul Michel erklärt, die FDP unterstütze den Antrag auf Nichterheblicherklärung. Verschiedene Punkte seien bereits erwähnt worden. Das Leitsystem sei eine regionale Sache. Es müsse nicht immer alles von Interlaken angeschoben werden. Die Aufhebung dieser Carparkplätze sei eine Illusion. Gleichzeitig werde die Einrichtung von Ein- und Aussteigeplätzen an geeigneten Orten gefordert. Geeignet sei im Zentrum oder möglichst nah am Zentrum. Wie bringe man die Leute von externen Parkplätzen ins Zentrum? Mit Car, Bus oder Märli tram – es gebe sicher mehr Verkehr. Beim Bahnhof Matten gebe es den Zug zum Ostbahnhof. Wenn man irgendwohin fahre, möchte man aber möglichst zentral aussteigen. Die Cars würden ins Zentrum fahren, die Leute ausladen und wegfahren – das generiere schliesslich mehr Verkehr. Die Forderung der Motion sei nicht zielführend. Deshalb sei die FDP-Fraktion klar für nicht erheblich.

Marcel von Allmen erklärt, er wiederhole nicht alle Argumente. Er stimme mit Adrian Aulbach überein. Auch die SVP werde die Motion nicht erheblich erklären. Weshalb? Man spreche hier von der Aufhebung von Carparkplätzen. Er sehe in Grindelwald in der Hochsaison jeden Tag x Cars, und die wären froh um jeden Carparkplatz. Er sei nicht dafür, die Carparkplätze in Interlaken aufzuheben. Man brauche jeden Parkplatz, vor allem diejenigen in Zentrumsnähe.

Gemeinderat Nils Fuchs weist zum Schluss darauf hin, dass die Motionärin neu im Gemeinderat sitze, das Thema sei also nicht aus den Augen aus dem Sinn.

Beschluss:

Die Motion Amacher / Zürcher, Reisebusmanagementsystem für mehr Lebensqualität und Sicherheit in Interlaken, wird nicht erheblich erklärt.

(23:6 Stimmen)

- 6 **B3.E** Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Orientierungen/Verschiedenes

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Nils Fuchs gibt ein Update in Sachen Bussen und Abschreibung von Bussen: Im letzten Jahr sei diskutiert worden, dass die Gemeinde «so viel Geld verliere». Viele dieser abgeschriebenen Bussen seien gar nicht einbringbar. Das merke man beim neuen Rotlicht-Blitzer. In den letzten zwei Monaten seien 180 gültige Übertretungen festgestellt worden und 140, die nicht gebüsst werden könnten. Dies seien in erster Linie Velofahrer. Jeder dieser fast 140 Velofahrer, der geblitzt wurde, habe dadurch den Prozess ausgelöst: Jede Übertretung werde geprüft, und wenn man kein Nummernschild sehe, gebe es eine Abschreibung. Das seien bisher rund 35'000 Franken, die «abgeschrieben» wurden. Er erwähne dies als Vorinformation, damit sie Ende Jahr nicht erstaunt seien, wie viele Bussen «abgeschrieben» wurden. Es seien tatsächlich nicht nur Mietwagen.

Gemeindepräsident Philippe Ritschard informiert, dass der TOI-Vorstand am Vormittag über das Angebot von Libero für die Inkludierung von Gratis-öV in die Gästekarte entschieden habe. Im vergangenen Jahr sei intensiv verhandelt worden. Das letzte Angebot von Libero lag bei CHF 2.4 Mio., gegenüber bisher knapp 0.5 Mio. Für eigentlich genau dasselbe. Der TOI-Vorstand sei mehrheitlich zum Schluss gekommen, das Angebot nicht zu akzeptieren. Man müsse nun abwarten, ob Libero doch noch einlenke. Man habe anhand der Gästekartennutzung die Zahlen erhoben. Für 2024 sei man auf 180'000 Passagiere gekommen, bei ca. 1.7 Mio. Logiernächten. Der TOI-Vorstand halte CHF 2.4 Mio. für 180'000 Passagiere für unverhältnismässig. Viele Gäste würden die Gästekarte für den öV nicht brauchen, da sie andere Pässe hätten wie den Swissspass, mit dem sie für 240 CHF während drei Tagen den öV in der ganzen Schweiz nutzen könnten. Die Medienmitteilung von TOI sei am Nachmittag verschickt worden.

Allgemeine Umfrage

Es wurden keine Vorstösse eingereicht. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

Ratspräsidentin Pia Boss informiert, dass der GGR-Ausflug am 14. Mai 2025 stattfindet, und lädt zum Apéro in die Brasserie ein.

Schluss der Sitzung: 21:15 Uhr

Die Präsidentin

Die Sekretärin

Die Stimmzählenden